

München, 18.11.2022

SPD im Landtag fordert: Verstöße gegen Lebensmittelrecht umgehend aufklären

Zwei Geflügelschlachtbetriebe in Bayern und Baden-Württemberg stehen im Verdacht, konventionelles Hähnchenfleisch in Bio-Fleisch und aufgetaute Ware als Frischware umdeklariert zu haben. Auch besteht der Verdacht des gewerbsmäßigen Betrugs.

Nach Durchsuchung der Geflügelbetriebe in Bayern und Baden-Württemberg fordert die stellvertretende Vorsitzende und landwirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Ruth Müller** sofortige Aufklärung: „Solchen Betrügern gehört das Handwerk gelegt, sie beschädigen nicht nur den Ruf der Biolandwirtschaft, sondern untergraben das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher, die mit ihrer Kaufentscheidung auch bestimmte Haltungsformen in der Landwirtschaft unterstützen wollen.“

Konkret stehen die Unternehmen aus Bayern und Baden-Württemberg im Verdacht, konventionelles Hähnchenfleisch und Hähnchen insbesondere zu sogenannter „Geprüfte Qualität Bayern-, Bio- und Naturland-Ware“ mit entsprechenden Gütesiegeln umdeklariert und damit beim Weiterverkauf deutlich höhere Preise erzielt haben. Weiter besteht der Verdacht, dass aufgetaute Hähnchen fälschlicherweise als Frischware etikettiert wurden und in den Verkauf gelangten. Die umetikettierten Produkte gingen an eine Vielzahl von Abnehmern. Müller ist besorgt: „Auch wenn von den Lebensmitteln wohl keine Gesundheitsgefahren ausgegangen sind, müssen wir Verbraucherinnen und Verbrauchern garantieren können, dass die Produkte, die sie kaufen, einwandfrei sind. Nur, wenn die Etiketten auch stimmen, können wir eine gesundheitliche Gefährdung weitgehend ausschließen.“

Mitte dieses Jahres war anonym Anzeige gegen die beiden Geflügelbetriebe erstattet worden. Am 16.11.2022 wurden in Bayern, Baden-Württemberg und anderen Bundesländern insgesamt 24 Büro- und Geschäftsräume von anderweitig beteiligten Unternehmen durchsucht.